

Zur Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Rüstung im NS-Staat

Die Problematik der Interdependenz von Wirtschaft, Rüstung und Politik während der nationalsozialistischen Herrschaft wird heute vornehmlich im Zusammenhang mit der Faschismuskritik erörtert. Ein solcher methodischer Ansatz hätte den »westlichen« Historiker noch in der Ära des »Kalten Krieges« in die geistige Nähe sowjetmarxistischer Geschichtswissenschaft gerückt, die, getreu der vornehmlich politisch motivierten Definition des Exekutivkomitees der III. Internationale (EKKI) von 1935, den Nationalsozialismus als deutsche Prägung des Faschismus, als die »offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« charakterisierte¹. Das NS-System erhielt dieserart in einem als determiniert verstandenen historischen Prozeß seinen Stellenwert als letzte Stufe des Kapitalismus, und es wurde vornehmlich in seiner sozio-ökonomischen Funktion beurteilt. Im Zuge der machtpolitischen und ideologischen Konfrontation zwischen Ost und West setzten sich die meisten bundesdeutschen Historiker mit diesem Deutungsmodell des Nationalsozialismus/Faschismus nicht auseinander, sondern zogen sich auf ihre Position vermeintlich wertfreier Wissenschaft zurück. Mit Hilfe der Totalitarismustheorie wurde der Nationalsozialismus als eine alle staatlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Institutionen den politischen Interessen der Machthaber unterordnende Herrschaftsform typisiert »und eine ›Gleichschaltung‹ und Gleichbehandlung auch der Industrie bzw. der industriellen Organisationen durch das NS-Regime behauptet«². *Wilhelm Treue* hat diesen von ihm bereits früher vertretenen Standpunkt nicht revidiert. Er hegt die feste Überzeugung, das NS-Regime habe letztlich aus dem Autarkiestreben und aus kriegswirtschaftlichen Überlegungen heraus »auch die Wirtschaft seinen politischen Forderungen« unterworfen³. Der mehr an äußeren Symptomen der Machtausübung als an den Inhalten politischen Wollens und an den Funktionen politischen Handelns ausgerichtete Totalitarismusbegriff ließ sich gleichfalls und mühelos zur Kennzeichnung kommunistischer Herrschaft verwenden, was zu den Synonyma braun = rot führte. Die so postulierte Identität von Kommunismus und Faschismus enthüllt den Anspruch auf wertfreie Geschichtswissenschaft in seiner ganzen Fiktion und in seiner doppelten, sowohl wissenschaftstheoretischen wie praktisch politischen Dimension. In dieser Erkenntnis riet *Martin Jänicke*, den »Begriff totalitärer Herrschaft getrost über Bord« zu werfen »und durch andere weniger problematische Begriffe« zu ersetzen⁴.

Jedoch bietet sich dem Historiker keine terminologische Alternative, um den

¹ Zit. nach Th. Pirker: *Komintern und Faschismus 1920—1940. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus*. Stuttgart 1965, S. 187.

² E. Hennig: *Industrie und Faschismus. Anmerkungen zur sowjetmarxistischen Interpretation*. In: *Neue Politische Literatur*. 15 (1970) 432—449; hier S. 432 (zit. Hennig: *Industrie*).

³ *Wilhelm Treue: Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*. 3., stark erw. Aufl. Bd 2: 20. Jahrhundert. Stuttgart: Kröner 1973. XII, 350 S. (= Kröners Taschenbuchausgabe. Bd 208.) (zit. Treue) beinhaltet die Wirtschaftsgeschichte aller bedeutenden Industrienationen und bietet einen recht guten Überblick über die gesamtwirtschaftlichen Verflechtungen im 20. Jahrhundert. Die Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus umfaßt die Seiten 49—55.

⁴ M. Jänicke: *Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes*. Berlin 1971, S. 250.

Nationalsozialismus als historisches Phänomen befriedigend zu kategorisieren, es sei denn, er versuchte, auf dem Wege empirischer Forschung neue Kriterien der Beurteilung zu finden. Zweifellos birgt die Historiographie der DDR einen Kristallisationspunkt zu einer derartigen Betrachtungsweise. Der bekannte Sozial- und Wirtschaftsgeschichtler *Jürgen Kuczynski* richtet seine Studien zwar immer noch an der genannten These der III. Internationale als erkenntnisleitender Maxime aus, und noch 1964 erschien ihm »der deutsche Faschismus . . . als die grausamste Form der Herrschaft des Monopolkapitals«⁵. Er wagte aber bereits den zaghaften Schritt, diesen Lehrsatz durch eine »Soziologie des deutschen Faschismus« (S. 7—70) auf ökonomischer Grundlage zu belegen. In partieller Übereinstimmung mit den Ergebnissen späterer Untersuchungen anderer — auch nichtmarxistischer — Autoren gelangte er zu dem Ergebnis, die prekäre materielle Lage kleinbürgerlicher und mittelständischer Bevölkerungsteile wie auch »die furchtbare Wirtschaftslage der Bauern« (S. 13) habe dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen. Die reservierte Haltung eines Teiles der deutschen Industrie, z. B. der Konsumgüterindustrie, der Schiffahrt, der Exportfirmen und der chemischen Industrie gegenüber der frühen NSDAP wird ebensowenig geleugnet wie »die Tatsache der »Einmischung des Staates in die Privatwirtschaft«« (S. 20) nach 1933. Doch setzt er anstelle konsequenter Schlußfolgerungen aus diesen Erkenntnissen das Postulat von der operativen Rolle des Staates im Interesse des Finanzkapitals (S. 20). Folglich ist der Staat »nicht selbst eine Macht, sondern ein Instrument der Machtausübung in den Händen der herrschenden Klasse« (S. 21). Gemäß dieser Setzung stellt sich der Nationalsozialismus wie der Faschismus überhaupt als die Angriffswaffe der kapitalistischen Gesellschaftsschichten gegenüber den bürgerlich-demokratischen Institutionen und Errungenschaften dar, und deshalb entwickelte sich der Faschismus »aus den monopolistischen Schichten der Gesellschaft, auf dem Boden schlimmster Reaktion«. Der Nationalsozialismus bedeutet für ihn, »daß die reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals eine Diktatur errichtet haben«, in der die »Versklavung und Ausplünderung anderer Völker« (S. 9) ihren furchtbarsten Ausdruck findet. Aus dem Streben nach Rohstoff- und Absatzmärkten leitet der Verfasser die Kriegspolitik und die enormen Rüstungsanstrengungen des nationalsozialistischen Deutschlands ab. Daher ist für ihn der Faschismus gleichbedeutend mit »Militarisierung der Wirtschaft« und mit Kriegen »in stärkster Intensität« (ebd.). Die Anfechtbarkeit eines solchen Zirkelschlusses ist evident und bietet keinen »Raum für differenzierte, historisch-theoretische, nicht moralisierende Analysen«⁶. In Bedrängnis mit seinem eigenen logischen System gerät Kuczynski spätestens dann, wenn er die unbestritten permanenten staatlichen Eingriffe in den kriegswirtschaftlichen Prozeß sowohl im Bereich der Rohstoffzufuhr und Arbeitsbeschaffung, der Planung und Produktion als auch in der Bestimmung von Prioritäten bei der Herstellung kriegs- und rüstungswichtiger Güter und schließlich bei der Reglementierung des Konsumverbrauchs konstatieren muß. Aber mit der Formel, Faschismus = höchste Ausprägung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der »das gesamte gesellschaftliche Leben vom Kindergarten bis zur Zollgesetzgebung, vom Atombombenbau bis zum Vertrieb pornographischer Literatur erfaßt« (S. 22), läßt sich das Spannungsverhältnis

⁵ J. Kuczynski: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1933 bis 1945. (= Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. T. 1. Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis zur Gegenwart. Bd 6.) Berlin-O. 1964, S. 3. Vgl. G. Schäfer: Die Kommunistische Internationale und der Faschismus. Offenbach 1973 (= Probleme des Kommunismus H. 1.).

⁶ Hennig: Industrie, S. 433.

nis von Wirtschaft und Staat zwischen 1933 und 1945 wohl schwerlich befriedigend umschreiben. Letztlich tauscht Kuczynski mit dieser Formulierung lediglich den Begriff des Staats- gegen den des Wirtschaftstotalitarismus aus.

Im Bewußtsein dieses Dilemmas unternimmt die DDR-Historiographie seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre Anstrengungen, sich von dem ideologischen Korsett der Stalin-Ära zu befreien, weshalb sie nicht mehr unkritisch bereit ist, den Nationalsozialismus ausschließlich in einem Kausalnexus zur Entwicklung des Kapitalismus zu sehen. Sie forschte erneut nach den Ursachen seiner Herrschaft, und indem sie mit dem Wirtschaftshistoriker *Eberhard Czichon* die Frage nach dem »Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik« aufwarf⁷, rückte sie scheinbar von der überkommenen stereotypen Version der III. Internationale ab. Dessen ungeachtet ist Czichon bemüht, in einer Dokumentensammlung die Beweise für die sowjetmarxistische These vom Nationalsozialismus als »einem geschäftsführenden Ausschuß der Monopolbourgeoisie«⁸ zusammenzutragen. Die zumeist unpublizierten Archivalien sind allerdings völlig aus einem sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Kontext gerissen, und ohne Reflexion der politischen und gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit der Weimarer Zeit fällt Czichon methodisch hinter den Ansatz von Kuczynski zurück. Unter Mißachtung einschlägiger Literatur zur Frühgeschichte des Nationalsozialismus wird Hitler von Anbeginn seiner Agitationstätigkeit ein ökonomisches Konzept zugeschrieben, das er nicht besaß. Auf dieser Hypothese aufbauend, versteigt sich der DDR-Historiker zu der Behauptung, der Führer der NSDAP habe seit Beginn seiner politischen Laufbahn bewußt eine Symbiose mit der Großindustrie angestrebt und seine politischen Ambitionen mit denen der Wirtschaft in Einklang zu bringen gesucht (S. 14). Industriellen Gruppen sei es gelungen, Hitler zum Protagonisten ihrer eigenen Sache zu erheben und seiner Partei »eine antikapitalistische und nationale Phraseologie« (S. 15) zur Kaschierung der Ziele von Industrie und Banken aufzuzwingen. Sie hätten die finanziellen Voraussetzungen zur Propagierung der nationalsozialistischen Ideen geschaffen. Die Wahlerfolge der NSDAP verstehen sich daher nicht als Ausdruck des Wählerwillens in einer bestimmten politischen und sozio-ökonomischen Situation, sondern als Resultat einer »politische(n), psychologische(n) und organisatorische(n) Unterstützung der Nazi-partei« seitens »einflußreicher Großindustrieller« (S. 16). Der Nationalsozialismus wird abermals ein funktionales Element des Kapitalismus. Einzelne Repräsentanten des Wirtschaftslebens und der NSDAP, insbesondere Thyssen und Hitler, sind unter dem Motto »Männer machen die Geschichte« als zentrales Subjekt in den Mittelpunkt historiographischer Betrachtung gerückt, und die Publikation wurde mit gewissem Recht als das Produkt »eines spezifisch ›linken Historismus« klassifiziert⁹.

Inzwischen sahen die Faschismusforscher der DDR und die Vertreter des Totalitarismusgedankens ihre Thesen von »westlichen« Historikern zunehmend in Zweifel gezogen, die das politische Verhalten einzelner Wirtschaftsgruppen am Ende der Weimarer Republik und zwischen 1933 und 1945 untersuchten. *Werner Sörgel* analysierte exemplarisch Struktur und Funktion industrieller Organisationen in Deutschland zwischen 1929 und 1939 an den Beziehungen von Metall-

⁷ Eberhard Czichon: *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik*. 2. Aufl. Köln: Pahl-Rugenstein 1971. 105 S. (= Kleine Bibliothek. 16.)

⁸ Programm der KPdSU der Sowjetunion. Hrsg. von E. Czichon. Berlin-O. 1961, S. 24.

⁹ Hennig: *Industrie*, S. 434.

industrie und Nationalsozialismus¹⁰. Er verkennt nicht die Affinität der Metallindustrie am Ende der Weimarer Republik, in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression, zum totalitären, die kranke Demokratie ablösenden Staat, der aber keineswegs notwendigerweise oder gewünscht faschistischer Prägung sein mußte. Darüber hinaus gewann er die Überzeugung, daß zumindest die Schwerindustrie auch während der NS-Vorkriegszeit eine eigene Größe im Spiel der politischen Kräfte des Reiches darstellte. Zwar gesteht auch Sörgel ein Übergewicht der Politik gegenüber der Wirtschaft zu, doch bewahrte sich gerade die genannte Industriegruppe durch die vom Staat forcierte, auf militärische Auseinandersetzungen abzielende Rüstungsproduktion eine nicht zu unterschätzende politische Potenz, weil sich die Regierung durch ihre Produktionserwartung in eine gewisse Abhängigkeit von der Produktionsleistung begab, weshalb personelle und organisatorische Eingriffe seitens der politischen Machthaber »nicht ohne das Einverständnis des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, dessen Politik der neuen Reichsregierung gegenüber wesentlich von den großindustriellen Interessengruppen bestimmt wurde«, geschahen (S. 30). Eine weitgehende Interessenkongruenz von Staat und Großindustrie ergab eine selbstverständliche Ausrichtung der letzteren nach den Bedürfnissen des NS-Systems, ein Umstand, der es den Industrieverbänden trotz der vielbeschworenen Gleichschaltung erlaubte, als Verbindungsglied zwischen der staatlichen und der ökonomischen Macht zumindest bis 1939 Einfluß im politischen Bereich auszuüben.

In empirischen Studien verwarfen »bürgerliche« Historiker¹¹ den als *conditio sine qua non* marxistischer Historiographie geltenden Satz vom Primat der Wirtschaft in der Politik kapitalistischer Staaten als Typikon des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, und Vertreter der »jungen Linken« bezeichneten die These anhand sozio-ökonomischer Analysen als zu doktrinär. Der Engländer *Tim Mason*¹² akzeptierte die zitierte Dimitroff-Definition »nur begrenzt als Ausgangspunkt einer Untersuchung und schon gar nicht als Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus« (S. 474). Er betonte ausdrücklich den Primat der Politik und führte (ebd.) u. a. folgende gewichtige Gründe dafür an, »daß die Innen- und Außenpolitik der nationalsozialistischen Staatsführung (insbesondere) ab 1936 in zunehmendem Maße von der Bestimmung durch die ökonomisch herrschenden Klassen unabhängig wurde, ihren Interessen sogar in wesentlichen Punkten zuwiderlief«:

1. Hitlers Führerprinzip entsprach sein Anspruch auf Letztentscheidung in allen wichtigen Problemen, auch in solchen der Wirtschaftspolitik.
2. Bis 1942 besaß die Industrie keinen einflußreichen Fürsprecher ihrer Belange in Hitlers Vertrautenkreis.
3. Durch die konsequente Autarkiepolitik »aus militärischen Überlegungen (und aus) dem Streben nach kriegswirtschaftlicher Selbstversorgung« (Treue, S. 51) und die sich verschärfende Devisenbeschränkung sah sich die Industrie — mit Aus-

¹⁰ W. Sörgel: *Metallindustrie und Nationalsozialismus. Eine Untersuchung über Struktur und Funktion industrieller Organisationen in Deutschland 1929 bis 1939.* (= Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Metallindustrie und ihrer Organisationen.) Frankfurt a. M. 1965; in verkürzter Form steht auch zur Verfügung W. Sörgel: *Die Neuorientierung des industriellen Organisationswesens 1933/35.* In: *Interessenverbände in Deutschland.* Hrsg. von H. J. Varain. (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek. Geschichte.) Köln 1973, S. 259—276.

¹¹ Hier nur genannt D. Petzina: *Der nationalsozialistische Vierjahresplan.* Mannheim 1965.

¹² T. Mason: *Der Primat der Politik. — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus.* In: *Das Argument.* 8 (1966) 473—494.

nahme der chemischen — ihrer vielleicht bedeutsamsten Einflußsphäre, nämlich der Außenpolitik, beraubt.

4. Im Zuge der seit 1933 nachhaltig vom NS-Staat geforderten Steigerung der Rüstungsproduktion und der damit verbundenen und zunächst freudig vollzogenen schwerpunktmäßigen betrieblichen Investitionen wurde die Eisen- und Stahlindustrie »dank des technologischen Fortschritts... zum Opfer ihres eigenen Expansionismus« (Mason, S. 483).

5. Die Protektion der chemischen Industrie als eines Rohstofflieferanten führte zu einer die politische Stellung der Industrie schwächenden Interessenspaltung.

6. Die immer knapper werdenden Rohstoffe und Arbeitskräfte machten vor allem nach Kriegsausbruch die Industrie von entsprechenden Zuteilungen des Staates abhängig. Zwar führte die Kriegsrüstung zu einem beschleunigten Konzentrationsprozeß in der deutschen Wirtschaft, und die großen Konzerne wußten ihre Ansprüche zumeist wirkungsvoll zu artikulieren, doch geschah dies auf Kosten politischen Wohlverhaltens: »... die großen Firmen haben sich mit dem Nationalsozialismus identifiziert, um sich wirtschaftlich weiter entwickeln zu können« (S. 490).

Dieserart provoziert, stellte sich die Historiographie sowjetmarxistischer Provenienz der Diskussion um die ökonomische Basis des Nationalsozialismus. Czichon beharrte auf dem »Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht«¹³, stellte sich erneut auf das ideologische Podest des EKKI-Beschlusses und unternahm den — schon in seinem vorgenannten Buch — mißglückten Versuch, aus punktuellen Berührungen zwischen Wirtschaftsvertretern und der NSDAP vor und nach der Machtergreifung ein Mosaik zusammenzufügen, demzufolge Hitler als Knecht der Monopole erscheint. Und so kann Mason¹⁴ seinem Kritiker »mangelndes Verständnis für den gesellschaftlichen und politischen Rahmen, in dem die Industrie zu handeln hatte«, vorwerfen und »ihn der Mißdeutung vieler Einzelheiten« bezichtigen, »die, zusammengezählt, seine Grundthese auch von einem empirischen Standpunkt etwas fragwürdig erscheinen lassen« (S. 201).

Die DDR-Wirtschaftshistoriker Eichholtz und Goßweiler¹⁵ haben die unterschiedlichen konzeptionellen Auffassungen Czichons und Masons als Kern der Kontroverse aufgedeckt. Das Anliegen der sowjetmarxistischen und der von ihr inspirierten Faschismusforschung ist es, den Nationalsozialismus als eine von Industrie und Banken im Zeitalter des bürgerlichen Kapitalismus inszenierte Reaktion gegen die aufkommende und erstarkende Arbeiterbewegung zu definieren und zu beweisen, wobei deren Liquidierung nach 1933 tatsächlich gelang. Nach den »Auffassungen der neueren soziologisch historischen Schule« (S. 210) des Westens verlor der Nationalsozialismus diese gesellschafts- und wirtschaftspolitische Funktion nach der Installierung seiner Macht, weil sich die Politik in einem hohen Maße verselbständigte und die Interessen des Mittelstandes und der Großindustrie ihren Zielen unterordnete, wiewohl diese Ziele zumindest mit denen der Wirtschaft weitgehend identisch waren.

Während also die einen im Nationalsozialismus ein von Industrie- und Finanzwelt bewußt gewähltes Herrschaftsmittel über die Arbeiterbewegung sehen, typisiert der andere ihn als ein zwar bürgerliches, antiproletarisches und das

¹³ E. Czichon: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht. In: Das Argument. 10 (1968) 168—192.

¹⁴ T. Mason: Primat der Industrie? Eine Erwiderung. In: Das Argument. 10 (1968) 193—209.

¹⁵ D. Eichholtz, K. Goßweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933—1945. In: Das Argument. 10 (1968) 210—227.

kapitalistische Wirtschaftssystem stabilisierendes, weil die Privatwirtschaft erhaltendes, nicht aber als ein in deren Dienst agierendes Regime, das ein fixes, rassistisch motiviertes, antibolschewistisches und imperial-aggressives Programm zu realisieren entschlossen war.

Der amerikanische Historiker *Henry Ashby Turner jr.*¹⁶ recherchierte in der Methode Czichons, aber frei von dessen sowjetmarxistisch determiniertem Faschismusbegriff, vor allem in Firmenarchiven nach Verbindungen von NSDAP und »Monopolkapitalisten«. Auch er bestreitet keineswegs enge Kontakte einzelner Industrieller zum Nationalsozialismus, doch »aufs Ganze gesehen« verneint er die Quästion, »ob die unübersehbar steigende Unzufriedenheit der Großunternehmer sie veranlaßte, während der letzten Phase der Weimarer Republik Hitler und seine Bewegung zu unterstützen« (S. 13). Freilich hat es an pekuniären Zuwendungen nicht gefehlt, indessen wandten zum Beispiel Flick und die IG Farben-Werke ihre finanzielle Gunst praktisch allen nationalen Parteien des Weimarer Staates zu. Die führenden Wirtschaftsmagnaten »unterließen es, die demokratische Republik zu unterstützen, sie bekämpften die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften mit blinder Feindseligkeit, sie halfen den reaktionären Kräften und besonders dem Papen-Regime, schließlich verliehen sie Hitler durch den Umgang mit ihnen Respektabilität« (S. 30). Der greise Emil Kirdorf trat 1925 als einer der wenigen bedeutenden Wirtschaftsvertreter — neben Thyssen — der NSDAP bei, schickte aber bereits ein Jahr später sein Parteibuch — aus Furcht, das Adjektiv »sozialistisch« könne im Falle der Machtübernahme auf die NS-Politik prägenden Einfluß gewinnen — wieder zurück, um 1934 erneut Mitglied zu werden. Er veranlaßte Hitler 1927 zu dessen, von Turner veröffentlichten programmatischen Schrift *Der Weg zum Winaufstieg*, die Kirdorf als Privatdruck an bekannte und befreundete Industrielle und Bankiers verteilte (S. 41—59). Der Herausgeber der Broschüre begnügt sich mit einer knappen Interpretation des Hitlerschen Textes, unterstreicht, der NSDAP-Vorsitzende habe sich in konventionellen Gedankengängen über »Arbeitslosigkeit, Handelsbilanz und Export« bewegt, schließlich die Notwendigkeit verstärkter Ausfuhr zur Deckung des Devisenbedarfs eines Landes hervorgehoben, das seine Bedürfnisse selbst zu decken nicht imstande sei. Dieses gemäßigte Auftreten führt Turner auf das Bestreben des Führers der NSDAP zurück, »bei seinem Publikum den beruhigenden Eindruck (zu) hinterlassen, daß er Deutschlands ökonomische und soziale Ordnung keiner grundlegenden Änderung unterziehen wolle« (S. 37 f.). Wer jedoch die Expertise Hitlers sorgfältig liest, wird das politische Konzept wiederfinden, das er bereits in *Mein Kampf* und später in seinem Zweiten Buch entwickelte. Zwar galt es aus der Einsicht in »die Unmöglichkeit, die Gesamtsumme unseres Volkes aus eigenem Grund und Boden zu ernähren, . . . unsere Produktion auf Export einzustellen«. Andererseits begab man sich damit in die Abhängigkeit anderer Staaten, die auf die Dauer für eine aufstrebende Nation unerträglich sein mußte. Bei wachsender Bevölkerung benötigte das Reich nach Hitlers Vorstellungen »zur Entfaltung seines eigenen Ichs den nötigen *Raum*¹⁷ auf dieser Welt«, und zu den vordringlichen Aufgaben der Politik zählte es, »diesem natürlichen Imperialismus die ebenso natürliche Befriedigung zu geben« (S. 51). Mit solchen territorialen

¹⁶ Henry Ashby Turner jr.: *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft.* Übersetzung aus dem Amerikanischen von Gabriele Neitzert. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1972. 185 S. (= Sammlung Vandenhoeck.)

¹⁷ Im Original hervorgehoben.

Expansionsbestrebungen mußte der Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft parallel laufen, doch erblickte die nationalsozialistische Bewegung »in ihr nicht das Primäre, nicht die Bildnerin eines starken Staates, sondern umgekehrt: der starke nationalistische Staat allein kann einer solchen Wirtschaft Schutz und die Freiheit des Bestehens und der Entwicklung« gewähren (S. 56). Entschiedener war der Primat der Politik nicht zu betonen.

Welche Schlußfolgerungen sind auf Grund der hier vorgestellten Literatur über die Beziehungen von Nationalsozialismus und Wirtschaft möglich? Zum ersten darf man wohl darauf verweisen, daß die Dimitroff-Theorie nicht uneingeschränkt haltbar ist. Darin stimmen »linke Historiker« nichtsowjetmarxistischer Prägung mit »bürgerlichen« offenbar überein. Läßt sich aber unter diesem Vorzeichen unser Anspruch, mit Hilfe der Faschismusdebatte die Relationen von Nationalsozialismus und Wirtschaft wenigstens aus einer der möglichen Perspektiven zu beleuchten, aufrechterhalten? Turner zweifelt zumindest daran (und der Freiburger Historiker Winkler¹⁸ steht da auf seiner Seite), »daß die Theorien, die im Faschismus eine *notwendige* Folge des Kapitalismus sehen, historisch unzureichend fundiert sind.« Um diese Notwendigkeit geht es bei *Alfred Sohn-Rethel*¹⁹. Er unterscheidet bei seiner Analyse »des Nazifaschismus« und des Zusammenhanges seiner »Macht mit der Ökonomie« (S. 186) zwischen den von uns bereits früher genannten bürgerlichen Schichten, die ihn zur Macht brachten und den Stützen des die Macht ausübenden Regimes. Für ihn war die Krise des Wirtschaftssystems Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre nur die Chance der NSDAP. Diese Krise wurde u. a. provoziert durch die vorwiegend auf Investitionen und Rationalisierung — nicht selten verbunden mit Kapitalfusionen — basierende Hochkonjunktur zwischen 1924/25 und 1929. Solche Rationalisierung und Betriebsvergrößerungen setzen sich aber mit inzwischen erwiesener Zwangsläufigkeit bei steigenden festen Kosten fort, die auch dann annähernd gleichbleiben, wenn die so erhöhten Produktionskapazitäten mangels Absatzmöglichkeiten — wie am Ende der Weimarer Republik — nicht auszunutzen sind. In einem derartigen Zustand kann eine freie Marktwirtschaft sich nicht mehr selbst regulieren, sie bedarf staatlicher Eingriffe, um Produktion und Konsumtion zu proportionieren. Zu dieser Leistung zeigte sich nach Ansicht führender Wirtschaftskreise der demokratische Parteienstaat außerstande, die nationalsozialistische Bewegung hingegen fest entschlossen. Die NSDAP verließ, dies sei betont, um die These Sohn-Rethels an dieser Stelle zu untermauern, die Plattform ihres idealistischen Wirtschaftskonzeptes Federscher und Strasserscher Prägung unter Hitlers unbestrittener Führung spätestens seit dessen Memorandum an Kirdorf. Das Arrangement mit den Wirtschaftsführern, so scheint es, gelang Hitler selbst auf dem Fundament seines in *Mein Kampf* enthüllten politischen Programms der Großraumpolitik imperialen Stils, was nur auf kriegerischem Wege zu realisieren war. Dieses Expansionsstreben ließ sich aber nur mittels eines forcierten militärischen Aufbaus bewerkstelligen, der der Industrie zwangsläufig die Aufträge einbringen mußte, deren sie so dringend bedurfte. Die schwebende Frage nach dem Primat der Politik oder der Wirtschaft stellt sich bei dieser Betrachtungs-

¹⁸ H. A. Winkler: Hitler und die Herren der Ruhr. In: *Die Zeit* v. 4. 5. 1973, S. 15f.

¹⁹ Alfred Sohn-Rethel: *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen.* Hrsg. und eingel. von Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1973. 209 S. (= Edition Suhrkamp. 630.). Der Verf. war wiss. Hilfsarbeiter im »Mitteleurop. Wirtschaftstag e. V.« in Berlin, ging 1936 in die Emigration und schrieb dort das Manuskript des vorliegenden Buches.

weise gar nicht, sondern der wie immer als faschistisch definierten Partei gelang der Griff nach der Herrschaft erst in einer spezifischen ökonomischen Krise, die sie zu lösen versprach, und zwar durch territoriale Expansion »im Dienste der Markterweiterung . . . vor allem in Richtung Südosteuropa« und durch »die terroristische Disziplinierung der deutschen Arbeiterschaft auf einem Lohnkostenniveau, das die Akkumulationsmöglichkeiten der deutschen Kapitale sprunghaft verbessert(e)« (S. 10). Wie Sohn-Rethel nachweist, ist diese Interessenidentität von Wirtschaft und Nationalsozialismus nach 1933 immer nur partiell gewesen, denn »ein Unternehmen, das durch seine finanzielle, produktive und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit stark genug war, den Konkurrenzkampf in der Welt mit wirtschaftlichen Mitteln zu bestehen, konnte sich . . . nicht für die Methoden des Krieges und der gewaltsamen Eroberung begeistern« (S. 67f.). Firmen wie Siemens, Zeiss, Leitz oder solche der Maschinen- und Textilbranche waren nicht die Triebkräfte Hitlerscher Desperadopolitik. Aber »nicht, daß alle diese Firmen aus dem Rüstungsgeschäft etwa nicht profitierten, sondern daß sie auch ohne dasselbe hätten florieren können, ist das unterscheidende Moment« (S. 68). Cum grano salis stiegen durch Hitlers Rüstungspolitik die Kapitalzuwachsrate im Sinne der Industriellen, was der NSDAP gleichzeitig das Wohlwollen der schon in der Weimarer Republik nach Kräften rüstenden Militärs bescherte. Als 1936 der zweite Vierjahresplan in Kraft trat, entpuppte er sich »als eine Zusammenfassung, Systematisierung und Erweiterung von Projekten« (S. 108), die das Reichskriegsministerium und die Dienststelle Wehrwirtschafts- und Waffenwesen (später Wehrwirtschaftsstab unter Oberst Thomas) seit 1934 entworfen hatten, und Treue (S. 53) weist auf die z. T. wörtliche Übereinstimmung der Hitlerschen Vierjahresplandenkschrift mit »Formulierungen aus den führenden Kreisen der Chemie-Industrie« hin. Den besagten Vorüberlegungen waren bereits konkrete Pläne zur Schaffung von Rohstoffersatz, zur Verlagerung von Rüstungsbetrieben, zur wirtschaftlichen Mobilmachung im Kriegsfall und zur Umstellung der Friedens- auf Kriegswirtschaft im Bereich der Material- und Arbeitskräftebeschaffung entsprungen. Daneben hatte man ganze Industriezweige sowie Einzelbetriebe nach Maßgabe ihrer rüstungspolitischen Relevanz kategorisiert. Sohn-Rethel (S. 109) gewann Aufschluß über das enge Zusammenwirken von Thomas' Stab (der die wirtschaftlichen Probleme der Aufrüstung bearbeitete), Industriellen, Handel und Agrariern, das sich fast ohne Einschaltung von Ministerien und Bürokratie vollzog, so daß über diese Dienststelle und über deren Instanzenweg »bis zur Heeresleitung und von da zu Hitler und zum Parteiminister Heß die Privatinteressen der Industrie sich geltend machen konnten.« In der Vierjahresplanorganisation verwischten sich die Linien zwischen Staat und Industrie, indem Vertreter der letzteren, mit behördlichen Funktionen betraut, in sie eintraten. Über diese Personalunion hinaus geriet die Politik des nationalsozialistischen Staates in den Sog der Eigendynamik einer Rüstungskonjunktur, die die Befriedigung des Expansionsdranges begünstigte, ja forderte. Denn war der Friedensbedarf an Rüstungsgütern einmal gedeckt, beschränkten sich die Aufträge auf Ersatzteile und Austauschmaterial. Das Dritte Reich sah sich daher unter dem Zwang zur Deckung der hohen Investitionskosten für die Produktionsanlagen und zur Sicherung der Arbeitsplätze vor die Alternative gestellt, in einer rüstungsorientierten Wirtschaft mit geringem Exportspielraum entweder für das Rüstungsmaterial überzogene Preise zu entrichten bzw. Zahlungsmittel zu schöpfen oder durch seine Vernichtung, d. h. durch Krieg, erneuten Bedarf zu wecken. Die Ausgabe der Mefo-Wechsel auf fiktive Werte der Metallurgischen Forschungsgesellschaft besaß für jeden Sachkundigen den Charakter einer Zwischenfinanzie-

rung im Blick »auf den Gewinn des künftigen Krieges« (S. 137). Politik und Wirtschaft waren dergestalt im NS-Staat interessenmäßig und personell seit 1934 in einer Weise aneinandergekettet, die als Zwangsidentität zu bezeichnen ist.

Dies bestätigen die Memoiren von *Hans Kehrl*²⁰, einem NS-Wirtschaftsexperten in verschiedenen Verwendungen, zuletzt von 1943 bis 1945 als Chef des Rohstoffamtes im Rüstungsministerium und des Planungsamtes im Vierjahresplan. Die Verflechtung begann bei der politisch-ökonomischen Substruktur, den Gauwirtschaftsberatern, die zum überwiegenden Teil als Präsidenten von Industrie- und Handelskammern in doppelten Funktionen tätig blieben und endete bei Dienststellen auf höchster Partei- und Staatsebene, wo z. B. der »Wirtschaftsbeauftragte des Führers und Reichskanzlers«, Wilhelm Keppler, die Lösung der »Sonderaufgabe Deutsche Roh- und Werkstoffe« auf dem Gebiet Hydrierbenzin, synthetische Fette und Buna mit dem Verwaltungsapparat der Braunkohlen Benzin AG betrieb²¹ und wo Kehrl als Textilindustrieller den Rang eines Abteilungsleiters im Reichswirtschaftsministerium bekleidete.

Ihren sichtbaren Ausdruck fand die wechselseitige Abhängigkeit von politischer Führung und Industrie während des Krieges bei der »Neuordnung« der eroberten Territorien, die der Gewinnung neuer Rohstoffe und Arbeitskräfte diene. 49 Dokumente einer DDR-Publikation²², die sich von dem EKKI-Faschismusmodell vorsichtig zu distanzieren sucht, indem es den Herausgebern auf die richtige »Interpretation des Zusammenspiels der Politik großer Konzerne und staatsmonopolistischer Institutionen der Wirtschaft auf der einen Seite mit den Absichten und dem Wirken des faschistischen Militär-, Staats- und Parteiapparates auf der anderen Seite« (S. 9) ankommt, legen Zeugnis ab von dem projektierten »Einbau der in das Reich eingegliederten und der besetzten Gebiete in die großdeutsche Wirtschaft« (S. 67), der nicht selten an Eingaben orientiert war, die deutsche Wirtschaftskreise in Anlehnung an vorausgegangene in der Zeit des Ersten Weltkrieges erstellt hatten. Wie bei der materiellen Ausplünderung, so wird auch bei der Ausschöpfung jeglicher Arbeitsreserven der Okkupationsgebiete der starke Einfluß der Industrieinteressen deutlich. In dem Kapitel zur Wirtschaft und Rüstung der Dokumentensammlung *Ursachen und Folgen*²³ finden

²⁰ Hans Kehrl: *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden — 6 Jahre Krieg. Erinnerungen. Mit kritischen Anmerkungen und einem Nachwort von Erwin Viefhaus.* Düsseldorf: Droste 1973. 552 S.

²¹ D. Petzina: *Hitler und die deutsche Industrie. Ein kommentierter Literatur- und Forschungsbericht.* In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht.* 17 (1966) 482—491. Petzina hielt dieses Zusammenwirken nicht für eine echte Kooperation, weil das Unternehmen, ebenso wie eine Reihe von Gründungen im Bereich der Textilwirtschaft, auf staatliche Zwangsmaßnahmen zurückging. Dies trifft im Falle der Braunkohle AG zu, während seit 1935 neuerrichtete Textilwerke als Aktiengesellschaften installiert wurden, für die Wirtschaftsverbände das erforderliche Erstkapital aufbrachten. Ein Merkmal für eine Kooperation dürfte vielmehr in dem Umstand zu suchen sein, daß nach unternehmerischen Kriterien gewirtschaftet und profitiert wurde.

²² *Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg.* Hrsg. und eingel. von G. Hass und W. Schumann. Berlin-O. 1972 (zit. *Anatomie der Aggression*).

²³ *Das Dritte Reich. Die Wende des Krieges. Stalingrad-Nordafrika. Die deutsche Besatzungspolitik. Wirtschaft und Rüstung 1.* Berlin: Wendler 1973. XXXI, 697 S. (= *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte.* Bd 18.). Der Band dient, wie die gesamte Reihe, in der Hauptsache der Unterrichtung von Staats- und Kommunalbehörden sowie der Schulen und eines breiteren Öffentlichkeitsbereiches. Die Dokumente sind daher in den wenigsten Fällen erstmalig publiziert. Sie sind aber in einen sachlichen Zusammenhang gestellt, was den Umgang mit ihnen sehr erleichtert.

sich hierfür hinreichende Beweise. Immer wieder drängten sich die IG Farben als Rückgrat der Autarkie- und Rüstungswirtschaft mit Initiativen in die Besatzungspolitik, und ihr Aufsichtsratsvorsitzender Krauch besaß als »Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung beim Vierjahresplan« und als Präsident des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau die nötigen politischen Mittel, seine Vorstellungen von der Ausbeutung polnischer KZ-Insassen ebenso durchzusetzen wie seine »Anregungen für den Friedensvertrag auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes«²⁴ bei der Reichsregierung zu Gehör zu bringen. Darüber hinaus empfanden es Industrielle als selbstverständlich, »bei Unterhaltungen . . . über die Frage einer Vorbereitung der europäischen Großraumwirtschaft« auch »weit über den fachlichen Bereich hinausgehen(de)« (S. 77) Probleme zu erörtern und an maßgebender Stelle vorzutragen. Die Schlußfolgerung allerdings, »daß von führenden Kreisen des Monopolkapitals in allen zum Entscheid stehenden Fragen richtunggebende Initiativen ausgegangen und zum Teil sogar unmißverständlich Drohungen ausgeübt worden sind, um bestimmte Fragen im gewünschten Sinne zu lösen«, erscheint zu undifferenziert.

Kehrl hätte aus seiner internen Kenntnis der Zusammenhänge Aufschluß über die Interdependenz von politischem Wollen und wirtschaftlichem Interesse zu geben vermocht. Doch sind seine Aufzeichnungen Ausdruck des Denkens eines Technokraten der Rüstung und des Krieges, der, weit davon entfernt, Zeitkritiker oder Historiker sein zu wollen, seine eigene Rolle im NS-Staat niemals kritisch reflektierte, der als »Krisenmanager im Dritten Reich« an wirtschaftlichen Brennpunkten immer nur »der Sache« diene, ohne sich über den Sinn und das Ausmaß seiner Tätigkeit jemals Rechenschaft abgelegt zu haben. Er liefert lediglich Vordergrundinformationen, z. B. über die Angliederung Österreichs und des Sudetenlandes, ohne die rüstungspolitische Bedeutung dieser Vorgänge zu erläutern. Von der Eingliederung der Werke Skoda und »Brünner Waffen« nach dem »Zerfall der Tschechoslowakei« (sic!) als Rüstungsunternehmen im Rahmen der Hermann Göring-Werke spricht er wie von einer allein unter ökonomischen Aspekten vorstatten gegangenen Fusion. Wenn er sich gegen Görings Forderung wandte, das eroberte Polen »im Interesse der deutschen Wirtschaft und Rüstung mit allen Mitteln auszubeuten«, dann lediglich aus Zweifel an einer wirksamen Ausplünderung ohne »Inganghaltung oder Ingangsetzung der Wirtschaft« des Landes (S. 177). Seine Darlegungen über die Kriegswirtschaft im Westen und im Osten bleiben im Organisatorischen stecken und instruieren ausschließlich im Detail. Die sozialen Auswirkungen der Rüstungswirtschaft im Frieden wie im Krieg tangieren den Autor ebensowenig wie Treue, der (S. 51) lediglich in einem Satz auf die »Stillegung der sozialen Dynamik . . . zugunsten der politisch-militärischen Machtkonzentration« verweist. So bleibt nach der Lektüre des Kehrlschen Buches wenig Substantielles für den Historiker, es sei denn das Bild eines »tüchtigen Mannes« in »schwerer Zeit«, die er trotz seiner vielfachen Möglichkeiten des Einblicks in die politischen Zusammenhänge allein aus der begrenzten Optik des Wirtschaftsmanagers betrachtete und begriff.

Die hier vorgestellte Literatur eröffnet die Schwierigkeiten, die der Deutung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und seiner Form als deutsches Spezifikum des Faschismus entgegenstehen. Aus der Fülle der die Komplexität dieses Phänomens ausmachenden Komponenten bieten sich aber einzelne als den Natio-

nalsozialismus besonders charakterisierende an, und das sind zweifellos seine wirtschafts- und rüstungspolitischen Faktoren. Die zahlreichen Sozial- und Wirtschaftstheorien über das NS-Regime, kürzlich erst von *Eike Hennig*²⁵ in ihren Aussagen gegeneinander abgewogen, vermögen jedoch kein halbwegs homogenes Bild zu entwerfen, was auch unsere Betrachtung gezeigt hat. Es fehlen Untersuchungen im sozial- und wirtschaftshistorischen Feld. Dennoch konnte der Autor einige als empirisch abgesichert zu wertende Ergebnisse aufzeigen.

1. Die nationalsozialistische Herrschaft war ökonomisch eindeutig durch eine staatlicherseits von rüstungspolitischen Prioritäten im Rahmen eines Autarkiekonzeptes bestimmte Wirtschaft gekennzeichnet.

2. Der Wille zum Profit der Unternehmer traf sich mit dem politisch-territorialen Expansionsprogramm der nationalsozialistischen Staats- und Parteiführung.

3. Die nationalen Ressourcen standen in keiner vertretbaren Relation zu den Kriegszielen und zur Höhe der einseitig zugunsten der Rüstungsproduktion vorgenommenen Investitionen, so daß man auf die ökonomische Basis anderer Länder angewiesen war. Der Wahnwitz der nationalsozialistischen Politik erhellt nicht zuletzt aus dem Umstand, daß man die zur Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Macht des Reiches anvisierten Kriegsziele erst auf Grund anderer militärischer Eroberungen zur Deckung des Kriegsrüstungsbedarfes angehen bzw. weiterverfolgen konnte.

Zum Schluß sei noch auf die vieldiskutierte Frage eingegangen, ob die nationalsozialistische Wirtschaft als eine Rüstungs- oder als eine Kriegswirtschaft zu bezeichnen ist. Hinweise darauf, »daß nur ein bescheidener Teil der gesamten Ressourcen Deutschlands den Zwecken der Wiederaufrüstung«²⁶ vor 1939 nutzbar gemacht wurde, gehen ebenso an dem Kern der Sache vorbei wie die Stufen- theorie, derzufolge sich die Rüstungswirtschaft schrittweise in eine Kriegswirtschaft umgewandelt haben soll²⁷. Die Antwort läßt sich wohl kaum anhand von Produktionsziffern, Investitionstabellen oder staatlichen Rüstungsausgaben eruieren. Sie ergibt sich einmal aus der von uns aufgezeigten Identität von Interessen der Politik und der Wirtschaft und zum zweiten aus den politischen Plänen Hitlers, die von Anbeginn seiner Diktatur und langfristig auf Krieg zielten. NS-Wirtschaftsordnung und -system waren daher seit 1933 an kriegswirtschaftlichen Erwägungen ausgerichtet. Spätestens seit 1936 verkündete das Regime mit der seiner Propaganda nicht selten eigenen Deutlichkeit all denen, die es hören wollten, daß der Krieg in das politische Kalkül mit einbezogen war. Nicht von ungefähr gab der Major im Reichskriegsministerium und Dozent an der Berliner Universität, Kurt Hesse, seit diesem Jahr die kriegswirtschaftlichen Jahresberichte heraus, deren Erscheinen nicht zuletzt durch »ein zunehmendes Interesse für die kriegswirtschaftlichen Probleme und Forderungen in politischen, militärischen, wirtschaftlichen und vor allem wissenschaftlichen Kreisen«²⁸ motiviert wurde. Gleichzeitig wurde für die Wirtschaft »schlechthin der Begriff ›Wehrwirtschaft‹« (Vorwort) eingeführt. Über die militärischen Ambitionen des Dritten Reiches ließ Hesse keinen Zweifel aufkommen, wenn er auf die zur Stärkung und Erhaltung

²⁵ Eike Hennig: Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1973. 263 S. (= Edition Suhrkamp. 662.). Es handelt sich um den 2. Teil von E. Hennig: Zur Darstellung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Industrie. Marburg a. d. L., Phil. Diss. 1973.

²⁶ A. S. Milward: Die deutsche Kriegswirtschaft 1939—1945. Stuttgart 1966, S. 19.

²⁷ Treue, S. 54.

²⁸ Kriegswirtschaftliche Jahresberichte 1937. Hamburg 1937.

der Friedenswirtschaft hinzielenden Maßnahmen des Vierjahresplanes verwies, die von den »eigentlichen kriegswirtschaftlichen Vorbereitungen begrifflich und praktisch auseinanderzuhalten« seien. Aber erst in der Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Schrifttum, das in reicher Fülle zu dem hier angeschnittenen Forschungsproblem erschienen ist, allerdings bislang wenig Beachtung fand, werden sich wohl prägnantere Aussagen machen lassen.